

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	13
Verzeichnis der abgekürzt oder mehrfach zitierten Literatur	19
§ 1 Die Polizei im Rechtsstaat	25
§ 2 Aufgaben und Befugnisse der Verwaltungsbehörden und der Polizei	36
§ 3 Gefahrenabwehr und Grundrechtsschutz	43
§ 4 Die Schutzgüter der Gefahrenabwehr	55
§ 5 Der Gefahrenbegriff	72
§ 6 Inanspruchnahme von Personen	88
§ 7 Das Opportunitätsprinzip	108
§ 8 Spezielle Eingriffsermächtigungen	112
§ 9 Datenverarbeitung	154
§ 10 Zwangsmaßnahmen	226
§ 11 Kostentragung, Entschädigung und Schadensausgleich	238
§ 12 Verordnungen zur Gefahrenabwehr	243
Stichwortverzeichnis	247

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Verzeichnis der abgekürzt oder mehrfach zitierten Literatur	19
§ 1 Die Polizei im Rechtsstaat	25
I. Gefahrenabwehr als Staatsaufgabe	25
II. Polizeibegriff und polizeiliche Aufgaben	25
III. Entwicklung des allgemeinen Gefahrenabwehrrechts in Niedersachsen	28
IV. Allgemeine und besondere Gefahrenabwehr	30
V. Zuständigkeiten für die Gefahrenabwehr	31
1. Die sachliche Zuständigkeit	31
2. Die Eilzuständigkeit der Polizei	33
3. Die örtliche Zuständigkeit	35
§ 2 Aufgaben und Befugnisse der Verwaltungsbehörden und der Polizei	36
I. Aufgabenzuweisung und Befugnisnormen	36
II. Gefahrenabwehr und Gesetzgebungszuständigkeit	38
§ 3 Gefahrenabwehr und Grundrechtsschutz	43
I. Der Vorrang der Verfassung	43
II. Dreipoligkeit der grundrechtlichen Beziehungen	45
III. Die Beeinträchtigung grundrechtlicher Schutzgüter	48
IV. Schranken der Grundrechte	50
V. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip als Schranken-Schranke	52
§ 4 Die Schutzgüter der Gefahrenabwehr	55
I. Die Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit	55
II. Die Unverletzlichkeit der Rechtsordnung	56
III. Die Rechte und Rechtsgüter einzelner Personen	59
IV. Der Schutz der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates	61
V. Die öffentliche Ordnung	65
§ 5 Der Gefahrenbegriff	72
I. Konkrete Gefahr und Störung	72
II. Risikolage und Wahrscheinlichkeitsurteil	73
III. Scheingefahr, Anscheinsgefahr und Gefahrenverdacht	77
1. Scheingefahr	77
2. Gefahrenverdacht	78
3. Anscheinsgefahr	82
IV. Besondere Gefahrenbegriffe	85
§ 6 Inanspruchnahme von Personen	88
I. Verantwortlichkeit für Handlungen	88
II. Verantwortlichkeit für den Zustand von Sachen	90
1. Die Zustandsverantwortlichkeit	90

2. Grenzen der Zustandsverantwortlichkeit	93
a) Verschuldensunabhängigkeit und Verhältnismäßigkeit	93
b) Grundrechtsschutz des Eigentums	95
3. Dereliktion	99
4. Rechtsnachfolge	99
III. Die gefahrenabwehrrechtliche Verantwortlichkeit der Verwaltung	100
IV. Die Zweckveranlassung	102
V. Die Inanspruchnahme nichtverantwortlicher Personen	105
§ 7 Das Opportunitätsprinzip	108
I. Opportunitätsprinzip und Legalitätsprinzip	108
II. Ermessen und Ermessensbetätigung	110
§ 8 Spezielle Eingriffsermächtigungen	112
I. Allgemeine und besondere Befugnisse	112
II. Befragungen	113
1. Befragung zur Sachverhaltsermittlung	113
2. Lageabhängige Personenkontrollen mit Grenzbezug (Schleierfahndung)	116
III. Vorladung	117
IV. Identitätsfeststellungen	119
V. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	124
VI. Gefährderansprache	126
VII. Aufenthaltssteuerung und -kontrolle	128
1. Platzverweisung	128
2. Aufenthaltsverbot	131
3. Wegweisung	133
4. Die Meldeauflage	134
5. Aufenthaltsvorgabe, Kontaktverbot und elektronische Aufenthaltsüberwachung	136
VIII. Polizeilicher Gewahrsam	139
1. Schutzgewahrsam	140
2. Unterbindungsgewahrsam	141
3. Verbringungsgewahrsam	144
4. Verfahrensrechtliche Sicherungen	144
IX. Durchsuchungen	146
1. Durchsuchung von Personen und Sachen	146
2. Betreten und Durchsuchen von Wohnungen	150
X. Sicherstellungen	152
§ 9 Datenverarbeitung	154
I. Datenverarbeitung und Grundrechtsschutz	154
1. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	154
2. Weitere datenverarbeitungsbezogene Grundrechte	157
3. Anforderungen an die verfassungsrechtliche Rechtfertigung	160
II. Regelungen zur Datenerhebung und -verarbeitung	164
1. Der gesetzliche Sprachgebrauch	164
2. Der gesetzliche Regelungsrahmen	164

3. Grundlegende Regelungen zur Datenerhebung und -verarbeitung	168
a) Datenerhebung	168
b) Weitere Datenverarbeitung	171
4. Ergänzende Vorgaben zum Datenschutz	174
5. Eine „Grundregel für die Datenverarbeitung“	176
III. Datenübermittlung	176
1. Allgemeine Grundsätze der Datenübermittlung	176
2. Datenübermittlung innerhalb des öffentlichen Bereichs	178
a) Datenübermittlung zwischen Verwaltungsbehörden und Polizei	179
b) Datenübermittlungen an andere öffentliche Stellen	179
c) Öffentliche und nicht-öffentliche Stellen	181
d) Ausländische öffentliche Stellen	183
3. Datenübermittlung an Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs	184
4. Sonstige Übermittlungssituationen	186
a) Datenabgleich	186
b) Zuverlässigkeitsüberprüfungen	188
IV. Betroffenenrechte bei der Datenverarbeitung	190
1. Auskunftserteilung	190
2. Berichtigung unrichtiger Daten	192
3. Datenlöschung	193
V. Datenerhebung bei Versammlungen und Veranstaltungen	196
VI. Datenerhebung im öffentlichen Raum	201
1. Überwachung von Straßen und Plätzen	201
2. Bodycams	203
3. Straßenverkehrsbezogene Maßnahmen	205
a) Abschnittskontrolle	205
b) Kennzeichenerfassung zu Fahndungszecken	208
VII. Verdeckte Datenerhebungen	209
1. Verfassungsrechtlicher Rahmen	210
2. Telekommunikationsbezogene Maßnahmen	212
a) Überwachung der Telekommunikation	212
b) Standortabfragen und -ermittlungen	213
c) Unterbrechung des Mobilfunks	215
3. Online-Durchsuchungen	215
4. Datenerhebung durch längerfristige Observation und Einsatz technischer Mittel	216
a) Das gesetzliche Regelungssystem	216
b) Besonderheiten bei der Überwachung von Wohnungen	217
5. Vertrauenspersonen und verdeckt ermittelnde Personen	218
6. Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung	220
7. Der Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung	221
VIII. Rasterfahndung	223
§ 10 Zwangsmaßnahmen	226
I. Gestrecktes Verfahren und abgekürztes Verfahren	226
1. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	226
2. Das gestreckte Zwangsverfahren	227
3. Der sofortige Vollzug	229

II. Die einzelnen Zwangsmittel	230
1. Ersatzvornahme	230
2. Zwangsgeld	233
3. Unmittelbarer Zwang	233
III. Besondere Anforderungen an den Einsatz von Schusswaffen	235
§ 11 Kostentragung, Entschädigung und Schadensausgleich	238
I. Ersatzansprüche gegen die öffentliche Hand	238
1. Anspruchsvoraussetzungen	238
2. Anspruchsumfang	239
II. Das Innenverhältnis bei Handlungs- und Zustandsverantwortlichkeit	241
§ 12 Verordnungen zur Gefahrenabwehr	243
I. Verordnung und Verwaltungsakt	243
II. Anforderungen an Verordnungen	246
Stichwortverzeichnis	247